

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Montag, den 21. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Reichstag gegen das preussische Wahlrecht.

Ein volles Haus und überfüllte Tribünen zeugten am Sonnabend von dem großen und allgemeinen Interesse, mit dem der parlamentarischen Gerichtsbarkeit über Bethmann-Hollweg entgegengetreten wurde. Von der Nervosität, die in gewissen Kreisen herrscht, legten die scharfen Überwachungsmaßregeln Zeugnis ab. Die Reichstagsdiener hatten strengen Befehl, niemand ohne Karte durchzulassen, und irgendwo im Reichstag wurde ein scharf geladener sechsstündiger Revolver gestanden, mag ihn nun ein um unser Leben außerordentlich besorgter Abgeordneter oder gar einer jener bekannten Nichtgenossen verloren haben.

Der Angeklagte war zur Stelle. Zu Trost und Schutz hatte er einen ganzen Troß von Bundesratsmitgliedern mitgebracht, unter denen namentlich Herr Dernburg durch sein geschäftiges Hin- und Herlaufen auffiel.

Kurz, wichtig, präzis, in Sätzen scharf wie Messerspitzen, begründete Genosse Frank die Interpellation. Mehr als einmal brüllte, wie von Pfeilschlägen getroffen, die Rechte, besonders die antisemitische Ecke auf. Herr Spahn aber schien es nicht als seine Aufgabe zu betrachten, den Redner vor dem Lärm zu schützen. Der betrachtete sein Amt augenscheinlich mehr vom Standpunkte eines Hofzeremonienmeisters aus. Mit der Erklärung, daß das Proletariat unbekümmert um alle Heilmittel, trotz Bethmann-Hollweg und trotz derer v. Jagow, seinen Weg nehmen wird, schloß Genosse Frank seine Rede. Stürmischer Beifall auf unseren Reihen überborte das Zischen, Pfeifen, Trommeln auf der Rechten. Die Antisemiten (ob Herr Brunn darunter war, wissen wir nicht), ergingen sich in Spinnereien. Wohl in Erinnerung an den Grafen Ballestrem ließ Herr Spahn die Nase ungerührt.

Dann erhob sich Bethmann-Hollweg. Er stand da, wie die Fleck- oder vielmehr Knochen gewordene Bitte um Entschuldigung, daß er sich die Freiheit nehme, überhaupt zu existieren. Seine Rede war ein einziges Flehen um mildernde Umstände. Harmlose Betrachtungen, Privatmeinungen sollten es gewesen sein, die er im Dreiklassenhause verzapfte. Schon im voraus hatte Genosse Frank darauf die richtige Antwort gegeben und ihn aufgefordert, sich zu Lehrzwecken doch lieber irgendwo als Privatdozent zu habilitieren. In der Bankierstadt Frankfurt, woher die Bethmann stammen, soll ja eine neue Universität errichtet werden. Dort sucht sich vielleicht der Sproß der Bethmänner und der Hollwege eine Lehrkanzel.

Das einzig Greifbare in der Kanzlerrede war die Erklärung, daß Bethmann an keine Änderung des Reichstagswahlrechts denkt. Das wissen wir. Selbst das schärfste Auge hat noch keine Ähnlichkeit zwischen dem fünften Kanzler und dem von Jordan v. Kröcher ersehnten starken Manne entdeckt. In der Besprechung, die auf Bebel's Antrag gegen die Stimmen der Rechten beschlossen wurde, sprach zunächst Herr Gröber. Die erste bürgerliche Rede aus dem Hause an diesem Tage war noch die beste. Herr Gröber schwächte sein entschiedenes Bekenntnis zum Reichstagswahlrecht durch keinen Sammergesang über Demonstrationen ab. Die Konservativen fanden diesmal keinen ihrer Klopfschreier, keinen Odenburg, keinen Rogalla, keinen Kretsch, sondern den ziemlich harmlosen und seine Zunge sorgsam hütenden Notar Dietrich aus Prenzlau vor. Es hat sich geändert seit zwei Jahren. Die freche Herausforderung, die sich bei der Wahlrechtsinterpellation von 1908 das Junkertum leistete, indem es seinen Kreisl als Sprecher vorbandte, schien augenscheinlich diesmal den klügeren Köpfen der Agrarpartei unzeitgemäß. Herr Dietrich rang formell widerstrebenden Herzen sogar ein platonisch-formelles Bekenntnis zum Reichstagswahlrecht ab. Aber alle Vorsicht des vorsichtigen Redners war ungenügend, um die Tiefe des Großen zu verdecken, mit dem die Konservativen auf das verhasste Reichstagswahlrecht blickten. Wenn es gilt, diesem Wahlrecht etwas nachzureden, dann jammern die Krautjunker sogar über die reichstagsmandatlosen Admirale der neuen Hanse. Und der sonst so diplomatische Fürst Hagfeld, der Sprecher der Reichspartei, ließ den wahren Wert des Bekenntnisses der Rechten zum Reichstagswahlrecht erkennen, als er ungeschminkt zugab, daß dieses Reichstagswahlrecht nur so lange Existenzberechtigung habe, als es eine antisozialdemokratische Reichstagsmehrheit erbe. Das alte Sunnerwort: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut!“ auf das Parlament übertragen!

Von den liberalen Rednern begann Herr Bassermann seine Rede mit einer Exekration über die Demon-

strationen und Herr Wiemer schloß seine Rede mit einer solchen. Bassermann konnte sich nicht zur Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen aufschwingen; aber selbst er verwahrte sich gegen die Bethmannsche Kritikerien am Reichstagswahlrecht. Besser, kräftiger, stellenweise sogar recht gut sprach Wiemer, wenn er auch durch überflüssige Sehnsuchtsäußerungen nach dem verstorbenen Bülow, durch unnütziges Reiben an der Sozialdemokratie und seine höchst unangebrachte Schlussammerlei den Eindruck seiner Ausführungen abschwächte.

Nachdem sich Lievermann von Sonnenberg wohl in Vorbereitung auf das Spektakelstück im Zirkus Busch den Clownscherz geleistet hatte, die Wahlrechtsäußerungen Bethmanns unter den Begriff der freien Meinungsäußerung zu bringen, sprach Genosse Ledebour ein Schlusswort, das sich an Wacht und Kraft, an prächtiger Satire und funkelnder Ironie würdig angeschlossen an die Eröffnungsrede dieses Tages. Da wurde das Gerede von der preussischen Eigenart in seiner ganzen Lächerlichkeit enthüllt, da wurde die Fallstaffade Odenburgs gebührend beleuchtet, da wurde Bethmann-Hollwegs schauerhaftes Wahlrechtwerk mit einem prächtigen Verse aus Platens „Verhängnisvoller Sabel“ gekennzeichnet. Das Gesamtergebnis des Tages fasste Ledebour dahin zusammen, daß der Reichstag in seiner großen Mehrheit gegen das preussische Wahlrecht sei.

Für ein komisches Intermezzo glaubte Vizepräsident Spahn sorgen zu müssen. Wohl der Zeitersparnis halber fasste er seine Klümmernisse über verschiedene Stellen in der Rede Ledebours in einen Sammelordnungsruf zusammen.

Es folgte noch ein lebhaftes Geplänkel persönlicher Bemerkungen. Der Janushauer verlas eine persönliche Bemerkung, die, nach der Kürze zu urteilen, Oberstleutnant v. Normann ihm diktieren hatte. Man hatte den Eindruck, daß Fraktionsordner der Konservativen das Schreckenskind an weiteren kompromittierenden Ausführungen verhinderten. Auch ein Beweis dafür, daß der freche Übermut der Junkerpartei seinen Scheitelpunkt überschritten zu haben scheint.

Herr Spahn, der an diesem Tage den Ruf seiner präsidialen Unzulänglichkeit beträchtlich vermehrt hat, bewies einen völligen Mangel an parlamentarisch-politischem Perspektivensinn, indem er nach dieser großen Gerichts-sitzung in vorgerückter Stunde noch in der Beratung des Etats des Innern fortfahren ließ. In Unruhe und Unaufmerksamkeit des völlig leer gewordenen Hauses ging eine Freihandelsrede Rämpfs völlig unter. Ein Ver- tagungsantrag aus dem Hause war aber erst nötig, um Herrn Spahn zum Abbruch der Sitzung zu zwingen. Nachdem man noch in Eile den konservativen Grafen Schwerin-Löwiz zum Ausschusspräsidenten gekürt hatte, vertagte man die Weiterberatung des Delbrück-Etats auf Montag.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preussische Abgeordnetenhaus

erledigte Sonnabend die Etats der Verwaltung der direkten Steuern und des Finanzministeriums. Die Beratung des Etats der Verwaltung der direkten Steuern gestaltete sich zu einer Auseinandersetzung über die bekannten Delbrück'schen Behauptungen über agrarische Steuerhinterziehungen. Namens unserer Fraktion griff Genosse Hirsch in die Debatte ein, um an der Hand einiger Fälle nachzuweisen, daß die Arbeiter ganz besonders scharf zu den Steuern herangezogen werden. Im Interesse einer gerechten Besteuerung schlug Redner die Einführung des allgemeinen Deklarationszwanges und Anstellung besonderer Veranlagungskommissionen vor. Mit Entschiedenheit trat er der in der Kommission gemachten Äußerung des Ministers entgegen, daß der Wohlstand der Arbeiter sich gehoben habe. Allerdings hätten die Arbeiter mehr Einkommen als früher, aber die Kaufkraft des Geldes sei geringer geworden, und die Wohnmieten und Lebensmittelpreise seien erheblich gestiegen, so daß ein Einkommen von 1200 Mk. heute etwa einem Einkommen von 900 Mark vor 10 Jahren entspräche. Der Finanzminister bestritt dies und berief sich hierbei auf Calwer, der bekanntlich die Behauptung aufstellt, daß das Einkommen der Arbeiter absolut und relativ zugenommen habe.

Somit wurden in der Debatte eine Reihe von Anregungen gegeben, die voraussichtlich bei der demnächst zu erwartenden Reform des Einkommensteuergesetzes noch mehr erörtert werden dürften.

Es ist interessant, daß es selbst der konservative Redner als Pflicht der Besitzenden bezeichnete, ihr Einkommen genau so zu deklarieren, wie es der Arbeiter heute schon bis auf den letzten Pfennig müßte.

Am Montag steht zunächst der konservative Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung auf der Tagesordnung, dann wird über den Etat der Zentral-Genossenschaftskasse verhandelt.

Vor Eintritt in die Beratung des Etats der Steuern wurde der Besetzungswurf über die Reisekosten der Beamten an eine Kommission überwiesen, der auch ein Sozialdemokrat angehören wird.

Reichstagspräsident Graf Stolberg tot.

Sonnabend abend 7 Uhr ist der Reichstagspräsident Graf Stolberg, der schon seit Wochen schwer krank lag, an Herzlähmung gestorben. Er erkrankte vor längerer Zeit an Lungenentzündung, in deren Folge Nierenfunktionsstörung eintrat. Um den angesammelten Eiter zu entfernen wurde er Sonnabend mittag in eine Privatklinik gebracht, überstand zunächst die Operation auch gut, dann aber trat die Wendung ein, die am Abend zum Tode führte. Der Verstorbene war am 4. März 1840 geboren. Er studierte die Rechtswissenschaft, machte die preussische Reglerungsbeamten-Karriere durch und nahm als Offizier an den Feldzügen von 1866 und 1870 teil. Er ist Mitbegründer der konservativen Partei gewesen und war von jeher eifriger Verfechter der agrarischen Forderungen. Reichstagsmitglied war er in den Jahren 1877 bis 81, 84 bis 93 und seit 1895. 1901 wurde er zum erstenmal ins Präsidium gewählt. Erster Präsident ist er seit dem Blockpolitik von 1907.

Sein Nachfolger dürfte der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates Graf Schwerin-Löwiz werden, den die Konservativen schon am Sonnabend als Vertreter für die Dauer der Krankheit des Grafen Stolberg ins Präsidium entsandten.

Die Junker heizen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert in einem Artikel auf, den Straßendemonstrationen energisch ein Ende zu machen. Der Artikel schließt:

„Es ist aber höchste Zeit, daß allen radaulustigen Elementen mit Ernst und Nachdruck klar gemacht wird, daß jede Ungeheuerlichkeit in vollem Maße auf sie zurückfällt. Will die Sozialdemokratie Wind schießen, so soll sie Sturm ernten — aber in anderer Weise, als es in ihrer Absicht liegt. Hier darf es keine Schwäche und kein Schwanken geben; vor politischem und unpolitischem Bövel darf der preussische Staat nicht kapitulieren.“

Zu dem Hohn und Spott für die Entrechteten, fügt das Organ des nimmerfaltigen Junkertums auch noch die niedrigste Scharfmacherei.

Ein Kleber.

Wie der konservative Abgeordnete für Mühlhausen-Langensalza, Herr Arnstadt, der ihm nahestehenden Presse seines Wahlkreises mittelst, will er abwarten, ob das Plenum des Reichstages, die Ungültigkeit seines Mandats bestätigt, bevor er sich zur Niederlegung desselben entschließt.

Er hofft, daß nochmalige Beweiserhebung beschlossen wird. Früher hatte er geäußert, daß er sofort sein Mandat zur Verfügung stelle, wenn die Kommission auf Ungültigkeit erkenne. Bei dem bekannten Schnecken-tempo der Wahlprüfungen hofft Arnstadt wahrscheinlich, den Reichstag bis zum Schluß zieren zu können.

Die Freisinnigen und Nationalliberalen haben sich bereits auf den Justizrat Lewin aus Berlin als Kandidaten für eine Ersatzwahl geeinigt.

Konservative unter sich.

Die Konservative Partei hat bereits zweimal eine deutliche Warnung an die Konservative Vereinigung, die sogenannten „Bankower“ ergehen lassen, und ihnen ziemlich unverblümt den Ausschluß aus der Partei angedroht. Die Vereinigung antwortet nun, daß die Konservative Partei schuld sei an der Verbitterung und Unzufriedenheit mit der Politik der Parteileitung. Das Streben der Konservativen Vereinigung gehe lediglich darauf hinaus, die Bankenden bei der Partei zu erhalten. Daß dabei die Reichsfinanzreform erörtert werden müsse, ist nicht zu umgehen. Jedenfalls werden sich die Unzufriedenen nicht dadurch zurückgewinnen lassen, daß jede Kritik unterdrückt werden soll. Für die Zugehörigkeit zur Konservativen Partei müsse lediglich maßgebend sein, ob jemand auf dem Boden der konservativen Weltanschauung und des konservativen Programms stehe, nicht aber, wie er über die Haltung der Parteileitung urteilt.

Wann sind Reichstagswahlen?

Seit einigen Wochen beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit der Frage, wann die nächsten Reichstagswahlen sein werden. Es wurde geschrieen, daß vermutlich der Reichstag bald nach der im Frühjahr zu Ende gehenden Session aufgelöst und die Reichstagswahlen noch im Frühjahr bezw. Sommer des Jahres 1911 stattfinden würden. Demgegenüber sagt die „Kreuzzeitung“, die Mitteilung erscheine ihr unrichtig. Die Regierung könne nicht daran

denken, in der Sommerszeit Neuwahlen auszuschreiben. Man darf vielmehr als feststehend ansehen, daß nicht vor Oktober oder November 1911 gewählt wird. Uns scheint diese Auffassung der „Kreuzzeitung“ auch das Richtige zu treffen. Trotzdem wird man gut tun, für alle Fälle das Pulver trocken zu halten, und auf die Reichstagswahlen gerüstet zu sein.

Wie das Reichsamt des Innern „prüft“.

Der Königsberger Wahlrechtstheoretiker Professor Siegfried hat an den Reichstag eine Eingabe wegen Verschmächtigung der Einflußnahme amtlicher Wahlurteile gerichtet. In der Eingabe erwähnt Professor Siegfried, daß er dem Reichsamt des Innern sechs praktische Urnen eingesandt hatte und den Bescheid erhalten habe, daß sie „geprüft“ worden seien. Bei der Rückkunft der Urnen stellte sich jedoch heraus, daß drei Pakete völlig unberührt waren!

Thurn und Taxis.

Die fürstliche Familie von Thurn und Taxis genießt das Recht der postalischen Portofreiheit, das von dem Chef des Hauses als ein „Ehrenrecht“ bezeichnet wurde, das nicht mit Geld, sondern nur gegen Gewährung anderer Ehrenrechte ablösbar ist. Die bayerische Regierung hat nun dem Landtag eine Vorlage zugehen lassen, die eine Ablösung der Portofreiheit vorseht. Wenn der Landtag der Vorlage zustimmt, wird abgewartet müssen, ob die Familie Thurn und Taxis das Geld annimmt oder auf dem Privileg der Portofreiheit beharrt.

Der „mißverständene“ Reichskanzler.

Herrn v. Bethmann-Hollweg „philosophische“ Rede zur Begründung seines „Wahlreform“-Scheitlers hat in Süddeutschland scharfe Proteste hervorgerufen. Das soll nun wieder einmal das Resultat von „Mißverständnissen“ sein. So wird wenigstens in der offiziellen „Südd. Reichskorrespondenz“ versichert. Sie erklärt ziemlich erregt: „Der Reichskanzler darf wohl wohl beantragen, daß man die Erklärungen, die er als preussischer Ministerpräsident abgibt, im Reich genau zur Kenntnis nimmt. Hätte man dies in Süddeutschland überall getan, so wäre eine Resolution, wie die des Volksvereins Groß-Stuttgart, die „gegen die grundlose Beschimpfung der deutschen Südstaaten“ durch Herrn v. Bethmann-Hollweg protestiert, gar nicht möglich gewesen. Es liegt, nachdem der Reichskanzler als preussischer Ministerpräsident so entschieden auf die den nichtpreussischen Reichsteilen geschuldete Rücksicht hingewiesen hat, nicht der geringste Anlaß vor, in die Behandlung der preussischen Wahlrechtsfrage einen Gegensatz zwischen Nord und Süd hineinzutragen.“

Und dann heißt es weiter: „Vollkommen berechtigt und begründet“ hat es Herr v. Bethmann-Hollweg genannt, daß man sich in ganz Deutschland für das Schicksal der preussischen Wahlreform interessiert. Er hat sich die Kritik aus dem Reich nicht verbeten und hat über Süddeutschland in Wendungen gesprochen, die das Gegenteil partikularistischer Engherzigkeit sind. Er bekundet sich ausdrücklich zum Föderativstaat, weil dieser allein den Gliedstaaten die Entfaltung ihrer Eigenart sichert. Er verlangt für Preußen die Erhaltung des Zusammenhangs mit der gesamtdeutschen Entwicklung, er will, daß Preußen seine Stärke dem Reich dienstbar mache. Er fordert Achtung und Verständnis für die besonderen politischen Kulturwerte, die mittel- und süddeutsches Wesen geschaffen haben.“

Der Herr Reichskanzler hat aber mehr gesagt. Er hat davon gesprochen, „daß politische Kultur und politische Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet wird“, und er hat die Frage aufgeworfen, „ob die Behauptung noch gerechtfertigt ist, daß die Parliamente das Zentrum seien, von dem politische Bildung und politische Erziehung auf die Volksmassen ausstrahlt und ob nicht umgekehrt die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen hat, die politische Situation zu verbessern und zu verrohen“.

Das hat man in Süddeutschland richtig verstanden als einen Ausfluß des reaktionären Geistes, der durch das Sinken Preußen und Deutschland heute schon beherrscht und seine Herrschaft noch weiter erstrecken möchte. Dagegen richtet sich die Entrüstung in Süddeutschland, und zwar mit vollem Recht.

Eine bündlerische Kriegserklärung an die Liberalen.

In den oberfränkischen Wahlkreisen hat bisher ein sehr inniges Verhältnis zwischen den Liberalen und dem Bund der Landwirte bestanden. Verschiedene Bündler sind mit liberaler Hilfe in den Landtag gewählt worden, andererseits verdankt der liberale Führer, Dr. Casselmann, der bündlerischen Unterstützung sein Landtagsmandat. Einige Reichstagswahlkreise, die schon längst für die Sozialdemokratie reif sind, konnten nur durch die Unterstützung der Bündler vom Liberalismus behauptet werden. Vieles schöne Verhältnis ist seit einiger Zeit stark getrübt und zwar durch einige Ausführungen liberaler Abgeordneter im bayerischen Landtag. Als dort bei Verhandlung des Etats des Ministeriums des Innern die Gelegenheit benützt wurde, über die Reichsfinanzreform zu sprechen, und eine kleine Abrechnung mit dem Zentrum zu halten, machte der Liberale, Dr. Günther so nebenbei Anspielungen, die die Möglichkeit eines Blocks aller Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie, gegen das Zentrum in Bayern durchblicken ließen. Günthers Parteifreund, Dr. Casselmann, stellte zwar vorsichtigerweise fest, daß Günther nicht im Namen der liberalen Fraktion gesprochen habe, stellte aber gleichzeitig die Möglichkeit in Aussicht, daß die Parteien zur Bildung eines solchen Blocks gedrängt werden könnten. Darauf ging der Bündler Beckh, ein blindwütiger Verehrer des preussischen Sunkertums, gegen die Liberalen los, ließ eine Schimpfskanonade gegen die Gegner der Reichsfinanzreform vom Stapel, die nach ihm an dem ganzen Dammern schuld sind. Er schloß mit einer brünstigen Liebeserklärung an das Zentrum, worauf Casselmann erklärte, daß dies nicht ohne Bedeutung für die weitere politische Entwicklung in Oberfranken sein

werde. Das war die leicht verheißene Drohung, daß den Bündlern in Zukunft keine liberale Hilfe mehr zuteil werde. Nun sind aber die Bündler in Oberfranken zur Offensive übergegangen. Eine aus dem ganzen Kreise bestellte Delegiertenversammlung des Bundes der Landwirte, die in Bayreuth stattfand, nahm den Fehdehandschuh an und erklärte sich damit einverstanden, daß ihre Angeordneten im Landtag ein Zusammengehen mit einem liberal-sozialdemokratischen Block abgelehnt haben. Zunächst wurde bedauert, daß der Führer der Liberalen, Dr. Casselmann, den Kampf gegen den Bund der Landwirte eröffnet hat und das Einverständnis ausgesprochen zu einem Zusammengehen mit dem Zentrum.

Das ist die Proklamierung des schwarz-blauen Blocks auch für die bayerischen Landtagswahlen. Es fragt sich nur, ob jetzt die Liberalen nicht wieder demütig zu Kreuze kriechen werden.

Das Manuskript über die Vorgänge in Frankfurt a. M.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg, sagt im Anschluß an seine Berichte über die Vorkommnisse in Frankfurt a. M.:

„Das wäre also ein neuer Posten im Schuldkonto der sozialdemokratischen Führerkreise, die unausgesetzt an der Verhöhnung der Massen arbeiten, und auf diesem trivialen Wege immer mehr wachsende Anzahl von Arbeiterfamilien bringen.“

Die Beschuldigung ist um so niedriger, als nach dem Zeugnis der „Frankfurter Zeitung“ feststeht, daß in den Versammlungen ausdrücklich von einer Straßendemonstration abgeraten wurde. Allgemein neigt man auch in bürgerlichen Kreisen zu der Annahme, daß allerlei Elemente, die weder in den Versammlungen waren, noch in irgendeiner Beziehung zu der Sozialdemokratie stehen, die Gelegenheit benützt haben, einen Strauß mit der Postzeitung auszuschleichen. Trotzdem unterjängt sich das Organ des Reichskanzlers, die Schuld an den Postzeitungen den sozialdemokratischen Führern in die Schuhe zu schieben.

Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer in Baden.

Dem badischen Landtag ist eine Vorlage zugegangen, welche eine beträchtliche Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer vorseht. Es sollen nur die folgenden Positionen genannt werden:

Künftig sind zu bezahlen	
für 900-1000 Mk. Einkommen	— 10.
bis 1100 Mk.	5,50
„ 1200 „	11, —
„ 1400 „	13,50
„ 1600 „	17, —
„ 1800 „	21, —
„ 2000 „	25, —

Im ganzen soll eine Mehrbelastung von 12 Prozent vorgenommen werden.

Die neue Steuer soll dem badischen Staat 2 1/2 Millionen Mark einbringen. Sie soll bereits für die Veranlagung für das Jahr 1911 durchgeführt werden.

Wie es auf den Zwafopmunder Diamantfeldern zugeht.

darüber berichtet die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ von Mitte Januar allerlei intime Details.

Die gänzliche Unwesenheit jedweden offiziellen bergbehördlichen Organs auf den Zwafopmunder Diamantfeldern zeitigt Zustände, die auf längere Zeit gänzlich unhaltbar wären. Jetzt, nachdem die Vorkämpfer gute Erfolge erzielt haben, stürzt sich ein Strom von Nachzügler auf die Felder, die um jeden Preis noch mittun wollen. Da jedoch das diamantführende Gebiet in seiner ganzen Ausdehnung von 45 mal 8 Kilometer bereits eng belegt ist, so finden die Zuspätkommenden keine freien Blöcke mehr vor. Die natürliche Folge ist, daß man nach irgend welchen Fehlern sucht, die andere bei der Belegung vielleicht gemacht haben könnten, um, falls sich etwas auffinden läßt, das betreffende Feld als unzulässig belegt, aufs neue zu belegen. Sobald der Mittelpfad steht, wird von den neuen Belegern schon gewaschen und die fast stets gefundenen Diamanten werden als willkommenen Beute vereinnahmt. Kommt der alte Feldeinhaber dazu, so gibt es „Meinungsverschiedenheiten“, bei denen das Recht des Stärkeren entscheidet. Häufig werden auf diese Weise einzelne Felder vier- bis fünfmal belegt, und jeder räubert, so viel er kann, vorausgesetzt, daß er stark genug ist, um seinem Beginnen genügend „Nachdruck“ zu verschaffen. . . . Zwei Polizeisergeanten, die hin und wieder auf die Felder kommen, sind durchaus nicht in der Lage, das große Diamantgebiet zu beaufsichtigen, dazu sind ihrer vierundzwanzig vielleicht, neben zwei Sollstationen notwendig.

Die bayerische Biersteuer angenommen.

In vier Sitzungen wurde ein Gesetzesentwurf erledigt, der dem bayerischen Volk zugunsten der Staatskasse und der Brauer eine Mehrbelastung von rund 30 Millionen Mark auferlegen will. Ob sich die Massen die Verteuerung des Bieres so ohne weiteres gefallen lassen, wie die Herren Gesetzgeber meinen, ist abzuwarten.

Italien.

Um das Frauenwahlrecht. Die Kammer widmete vorgestern einen Teil ihrer Beratungen den Frauen, von denen eine Anzahl hervorragender Vertreterinnen auf der Damentribüne zuhörte. Der Abg. Gallini stellte den Antrag, allen Frauen, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, das kommunale und provinzielle Wahlrecht zu verleihen, sowie ihnen die Bewerbung um alle öffentlichen Ämter zu bewilligen, ohne daß eine Autorisation des Gatten dazu einzuholen wäre. Die Rede erregte besonders auf der Damentribüne stürmischen Beifall. Ministerpräsident Sonnino stellte sich im Gegenstand zu seinem englischen Kollegen Asquith überaus freundlich zu der Frage. Er erkannte den sozialen Fortschritt der italienischen Frauen sowie die Berechtigung ihrer Forderungen an und empfahl den Antrag der Kammer zur Annahme. Diese stimmte unter stürmischem Beifall der Damentribüne dem Antrag zu. — Wann wird Deutschland nachhinken?

Frankreich.

Wißt in der sozialistischen Partei. Die Generalkommission der französischen Gewerkschaften, die Confédération Generale du Travail, scheint die Frage der Arbeiterversicherung zum Inhalt eines Kampfes gegen die sozialistische Partei machen zu wollen, der dem Bürgerturn das erste Schauspiel des proletarischen Bruderkrieges bieten würde. Der Parteitag von Nîmes hatte eine Resolution angenommen, in der die parlamentarische Fraktion aufgefordert wurde, für den Gesetzesentwurf, wie er jetzt vom Senat in erster Lesung fertiggestellt wurde, zu stimmen. Niemand konnte hoffen, daß die C. G. T. sich durch den Parteitagsbeschluss irgendwie bestimmen lassen würde, ihren Forderung gegen den Entwurf einzustellen. Die Art, wie sie ihn jedoch weiterführt, bedeutet die schärfste Kriegserklärung an die Partei. Nicht nur, daß sie an demselben Tag, an dem die Mehrheit des sozialistischen Kongresses sich für die Annahme des Entwurfs aussprach, in ganz Frankreich einen Aufruhr anzufachen ließ, in dem der Gesetz als Riesenwindel hingestellt und die sozialistischen Abgeordneten damit indirekt als Verräter gebrandmarkt wurden — das von „antiparlamentarischen“ Anarchisten geleitete föderative Komitee entschloß sich sogar, seine bisherige Stellung zu den Wahlen aufzugeben und überall dort einzugreifen, wo Abgeordnete, die für das Gesetz stimmten, als Kandidaten aufgestellt werden. Da nach dem Beschluß des Parteitags alle Abgeordneten für das Gesetz stimmen mußten, wenn die französischen Genossen eine Disziplin anerkennen, so bedeutet das nichts anderes als die Bekämpfung aller bisherigen sozialistischen Abgeordneten. Damit ist der Konflikt zwischen der Partei und der C. G. T. in einem Augenblick akut geworden, in dem auf einem sozialistischen Parteitag stärker als je die Hoffnung auf eine Verständigung vorhanden zu sein schien. Mit verhaltenem Jubel verkündigt die reaktionäre Presse die Nachricht. Müßten diese Blätter nicht die schönsten Hoffnungen für den Ausgang der nächsten Kammerwahlen zehlen, Hoffnungen auf sozialistische Niederlagen, herbeigeführt durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter? Erstlich Unheil könnte die C. G. T. nur stiften, wenn es ihr gelänge, durch ihre Agitation in der Partei selbst, allen Kongreßbeschlüssen zum Trotz, die in dieser Frage herrschende Spaltung zu verschärfen. Haben die Parteitage noch einen Sinn, ihre Entscheidungen noch etwas Bindendes, so müßte es selbstverständlich erscheinen, daß die Zerplitterungsverfuge der C. G. T. von allen Sozialisten einmütig zurückgewiesen werden: das wäre die einzige Möglichkeit, die anarchistisch-syndikalistische Taktik, die im Grunde auf eine Diskreditierung der politischen Partei und ihrer Kongresse hinausläuft, unschädlich zu machen. Angesichts der Wahlen ist die Gefahr der Uneinigkeit unter den sozialistischen Arbeitern doppelt groß, das müssen auch jene Sozialisten einsehen, die mit der C. G. T. die Ablehnung des allerdings mangelhaften Arbeiterversicherungsentwurfs forderten. Und es sollte ihnen leicht sein, diese Frage und den von der C. G. T. geführten Kampf scharf voneinander zu unterscheiden.

Griechenland.

Die Krise. Der König unterzeichnete die Dekrete, durch die sämtliche griechischen Gesandten an den europäischen Höfen abberufen werden. Heute tritt die Kammer zusammen.

Der König rief den Kronprinzen zurück, um Ende nächster Woche, nachdem das Parlament den Wunsch auf Einberufung einer revidierenden Kammer an ihn gerichtet hätte, zugunsten seines Sohnes abzugeben. Minister Dragumis begab sich zum König und stellte ihm vor, daß die Ankunft des Kronprinzen unter den gegenwärtigen Verhältnissen Anlaß zu den schlimmsten Entwicklungen in der Hauptstadt geben werde, für die er keine Verantwortung übernehmen könne. Ein Aufschub der Rückkehr auf spätere Zeit sei unbedingt geboten.

Marokko.

Eine neue Mordtat. Nach Meldungen aus Casablanca ist ein französischer Offizier im Schanagebiet bei der Verfolgung eines flüchtigen Verbrechens getötet worden. Eine Pariser Telegraphenagentur meldet dazu, daß der Getötete ein Leutnant namens Meauy ist und daß der Vorfall sich in folgender Weise zugetragen hat: Ein Marokkaner, der eines Mordes überführt ist, entfloh aus dem Gefängnis des Militär-lagers Boulhaut. Der Leutnant erhielt Befehl, ihm mit einer Truppe Goumiers nachzugehen. Im Grenzgebiet der Schanau drang Meauy in ein Dorf der Zaer, wohin sich der Verfolgte geflüchtet haben sollte. Die Soldaten wurden mit Schüssen empfangen. Der Leutnant und einer der eingeborenen Goumiers fielen und waren sofort tot. Der Stamm der Zaer soll exemplarisch bestraft werden.

England.

Die Krise. Die Lage der Regierung gestaltet sich fortwährend kritischer. Die letzten Tage waren ausgefüllt mit den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Iren. Danach erklärte Redmond, daß die Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien. Die Arbeiterpartei hat nun beschlossen, die Forderungen der Iren, die die Oberhausfrage vor dem Budget erledigt wissen wollen, zu unterstützen und so Asquith zu zwingen, die nötigen Garantien vom König zu erhalten, um die Oberhausfrage der versprochenen Lösung zuführen zu können. Die Regierung muß die Vollmacht erhalten, sofort eine genügende Anzahl neuer Peers ernennen zu können, falls die Lords es versuchen, das Gesetz zu verwerfen, das die Ausschaltung des Oberhauses in allen Finanzfragen und die Einschränkung des Vetorechts auf eine Legislaturperiode festlegen soll. Falls Asquith am Montag, dem Tag der Verlesung der Thronrede, nicht imstande ist, die verlangten Garantien in bestimmter Weise zu geben, so würden die Iren und die Arbeiterpartei mit den Konservativen gegen die Regierung stimmen, die dann natürlich zurücktreten müßte. — Zum Vorsitzenden der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei ist der bisherige stellvertretende Vorsitzende Barré gewählt worden.

Soziales.

Zur Pensionsversicherung der Privatangestellten. Die Privatangestellten rühmen sich! Daß die Ironie kein Wort über die Pensionsversicherung sagte, scheint in der Tat, wie der Abgeordnete Heinze bereits am 11. Dezember im Reichstage erklärte, "aufreizend" gewirkt zu haben.

effekten von der Geschäftsstelle der Freien Vereinigung (Verlin NW. 52, Weststraße 7, Postenfrei zugelandt.)

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern Abend Mascagnis bekannte Oper „Cavalleria rusticana“ zur Aufführung. Die Santuzza gab Art. Wähler Gelegenheit, sich als Künstlerin von hinreichendem Temperament und hervorragenden stimmlichen Qualitäten zu erweisen.

Dem 11. Dezember v. Jz. mit wenigen Ausnahmen regelmäßig den Arbeitsnachweis aussuche, die Reihe kommen. Der betr. Beamte erwiderte mir darauf, daß die Leute, die zur Werk entandt würden, alle bestellt seien.

Handels- und Markt Nachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 19. Februar. Bauern-Butter Ffd. 1,25-1,40 Mk., Meierei-Butter Ffd. 1,40 Mk., Käfen - - - Mk., Enten 3,50-4,50 Mk., Hühner 2,30-2,50 Mk., Küken Stk. - - - Mk., Tauben Stk. 0,55-0,60 Mk., Gänse Ffd. - 0,75 Mk., Niedgangs 2 Mk., Schinken Ffd. 1,00-1,10 Mk., Schweinestopf Ffd. 55-60 Pfg., Würst Ffd. 1,00-1,10 Mk., Eier 6 u. 7 Stück 60 Pfg., Heringe 4 St. 10 Pfg., Forelle genüg., Zühwasserische genüg., Karpfen Ffd. - 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Ffd. 1-2 Mk., Schlei Ffd. 1,40-1,60 Mk., Brachsen - Ffg., Hehle Ffd. 70-80 Pfg., Barsche Ffd. 70-80 Pfg., Mal Ffd. 1,00 Mk., Karantische Ffd. - Ffg., Gemüse genüg., Blumenkohl, d. Kopf 0,20-0,50 Mk., Kohl 100 Ffd. - Mk., Gurken 100 Ffd. - Mk., Zwiebeln, hiesige, Ffd. - Mk., Kerpel, verschiedene pr. 100 Ffd. - - - Mk., Kraut, pr. 100 Ffd. - - - Mk., Kürbisse Ffd. - - - Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 45-65 Pfg., Mand Ffd. - - - Pfg.

Getreidepreise.

Weizen, 116-128 Pfd. holl. 185-210 Mk., Roggen 112-122 Pfd., neuer holl. 135-160, Gerste, nach Qualität 135-150 Mk., Hafer, nach Qualität, alter 135-160 Mk., hochfein über Rotz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. Februar.

Vericht der offiziellen Notierungs-Kommission. Auftrieb 1664 Schweine. Der Handel war zieml. reg. überstand 9 Stück. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,- bis 69,- (54,50 bis 55,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Hans Lötting, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellin, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Spielplan der vereinigten Stadttheater vom 22. Februar bis 1. März.

Neues Stadttheater. Dienstag, 22. Februar: Zum 1. Male! Neu! „Strandkinder“. Schauspiel von H. Endermann. - Mittwoch, 23. Februar: „Alt-Heidelberg“. Schauspiel von Meyer-Hörster. - Donnerstag, 24. Februar: „Carmen“. Große Oper von G. Bizet. - Freitag, 25. Februar: „Das Konzert“. Lustspiel von Herm. Bahy. - Sonnabend, 26. Februar: „Strandkinder“. Schauspiel von H. Endermann. - Sonntag, 27. Februar, 12 Uhr: Mittags-Vorstellung für die literarische Gesellschaft. Zum 1. Male! Neu! „Der grüne Kaktus“. Komödie von Arthur Schnitzler. - Abends 7 1/2 Uhr. „Der fidele Bauer“. Operette von Leo Fall. - Montag, 28. Februar: „Zar und Zimmermann“. - Dienstag, 1. März: „Götterdämmerung“. Musikdrama von W. Wagner.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Vom Arbeitsnachweis der Metallindustriellen.

Am Sonnabend nachmittag fragte ich auf dem Arbeitsnachweis in der Engelsgrube um Arbeit an. Die Antwort lautete: „Nichts da.“ Ich bemerkte dann, daß doch immerfort Leute nach der Werk hinausgeschickt würden, und da müßte doch endlich einmal auch an mich, da ich schon seit

Durch die Geburt eines kräftigen Jungen wurden hoch erfreut S. Maub und Frau.

Unsern Kollegen Fr. Frede zu seinem heutigen Wiegenfeste die besten Glückwünsche. F. K. F. K. C. K. S. K.

Am 19. Februar entschlief sanft nach langer Krankheit unser lieber Sohn Friedrich im zarten Alter von 9 Jahren, tief betrauert von den Eltern.

Wilhelm Warncke und Frau. Flüchtlingstraße 24. Trauerfeier Dienstag, den 22. Februar 1910, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Kapelle Vorwerk.

Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Lübeck. Nachruf.

Am Sonnabend, dem 19. Februar, verstarb unser Mitglieb, der Tischler Adolf Klüver.

Seine feinem Andenken. Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 22. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, auf dem Burgtor-Friedhof statt.

Abmarsch der Kollegen um 10 3/4 Uhr von Schröder, Lederstraße 3. Die Ortsverwaltung.

Zum 1. April gr. ffdl. Zweizimmerwohnung. Greifenaustraße 6. Mehrere klein. ffdl. Wohnungen preisw. an ordentl. Leute zu verm. Dabeilist auch etwas Gartenland zu verpachten. Näheres bei Schnepel, Wasserweg 2, Mühlenort.

Zu vermieten zum 1. April zwei Wohnungen im Preise von 140 und 160 Mk. Wätcherstraße 16.

Blüschgarnitur, Salontisch, Verriß, Spiegel mit Stufe, Bilder billig zu verkaufen. Hartengrube 24, pt., I. Fast neue eiserne Bettstelle mit Matratze für 10 Mk. zu verkaufen. Glanborsstraße 41, III.

Entflogen eine blaue gehämmerte Briefstabe, gez. Ring N. 68, 288. Abzugeben gegen gute Belohnung Engelsgrube 53, II.

Uhren u. Goldwaren Trauringe 333 u. 385 gest. anerkannt billig bei Ernst Gentzen, Uhrm., Königstr. 62, b. d. Hühner. Gebenote Rabattmarken

Feinste Kartoffeln Nr. 5.50; hochfein gelbflockende Magnum bonum, französische und Gesellschaftskartoffeln, billig, frei Haus. Wiederverkäufern Ausnahmepreise. Empfehlung noch einen kleinen Posten Futterkartoffeln. C. Heese, L. Jacobsen Nachf., Meierstr. 26, T. 1440

Die Arbeiter-Garderoben aus der Spezial-Abteilung von Gebr. Barg 5 Kohlmarkt 5 sind als sehr gut u. billig bekannt. Lederhosen, Cordhosen, Maurerhosen, Zimmerhosen, Zimmern-Westen, Leder-Koppen, Cord-Koppen, blau Stoff-Koppen, leinen Jacken, Kästen usw. usw. Rabattmarken oder 4 Proz.

Empfehlungsarten werden hergestellt in der Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeiter, Fünfhaus 13

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 1.50 Mk.

Restaurant Zur Glocke Glockengießersstraße 85. Dienstag, 22. Februar 1910: Fastnachts-Essen Anfang morgens 10 Uhr. Hierzu ladet freundlichst ein Carl Lachmann.

Sehr empfehlenswert ist das in 60 Lieferungen a 40 Pfg. erschienene Werk:

PLATEN

Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen Heilweise. Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunsttafeln und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir einige Teile hervorheben, als: Die Krankheitslehre und deren Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grundsätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Gesundheitslehre der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphilitische Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in gesunden und kranken Tagen etc.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46. und deren Kolporteurs. Johannisstr. 46.

Der Wahre Jacob

Illustr. humoristisch-satirische Zeitschrift mit einer Unterhaltungsbeilage. Redigiert von B. Heymann. Erscheint alle 14 Tage in Nummern à 10 Pfennig oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfennig (ohne Bestellgeld). Probenummern auf Verlangen gratis.

Eine absolute Neuheit für Lübeck. Auf dem Burgfeld. Haases Stufenbahn im Prachtbau. Eröffnung Donnerstag, den 24. d. M., nachmittags 5 Uhr. Alles Nähere weitere Annoncen und Plakate.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr.

in der Stadthalle: 21. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.) Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth. Solist: Herr Johann Ruinen, Konzertmeister, Leipzig (Violine), Probe-Gastspiel. Zur Aufführung kommen u. a.: Violinkonzert in E moll F. Mendelssohn-Bartholdy. Wotans Abschied und Feuerzauber R. Wagner. Ouverture zu Mignon A. Thomas. Potpourri aus Die Fledermaus J. Strauß. Programm in Lübecker Konzert-Anzeiger.

Hansa-Theater

Nur bis 27. Februar täglich 8 Uhr: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten. Bantomimen-Ges. Maory (7 Personen). 5 Romantiques 4 Bernhards, 3 Cornells, 2 Percell, Feld, Kallenborn, Ribellen.

Neues Stadttheater.

Dienstag 22. Febr. Abds. 7 1/2 Uhr: Voll-Ab. 187. Dienstag-Ab. 23. Zum 1. Male. Strandkinder. Schauspiel von H. Endermann. Mittwoch, 23. Febr. Ab. 7 1/2 Uhr. Ermäßigte Mittwochspreise. Alt-Heidelberg.

Der amerikanische Hutmacher-Verband zu 222 000 Dollars Boykottbuße verurteilt.

Aus New York wird uns geschrieben: Während die Schuldbüroerei des amerikanischen Fleischboykotts, der nur die kleinen Händler und Schlachter aus dem Geschäft treibt und dadurch die Obermacht des Großkapitals noch stärkt, von der Kapitalistenpresse applaudiert wird...

gab den Geschworenen eine gebundene Marschroute. Er sagte ihnen, daß eine Verbindung zur Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels ohne Frage bestanden habe, und fuhr dann fröhlich fort: „Sie (die Geschworenen) haben aber die unabweisbare Pflicht, die von mir ausgesprochene Überzeugung als Gesetz hinzunehmen und im vorliegenden Falle anzuwenden.“

Die Kapitalisten sind sich denn auch ihres Sieges stolz bewußt, wie schon dem Schlussplädoyer des Anwalts der Firma Loewe u. Co. zu entnehmen war. Dieser meinte: „Die beiden Entscheidungen (das Urteil im Prozeß gegen Compers und die Entscheidung des Bundes-Obergerichts im gegenwärtigen Prozeß) gewähren zusammen wohl den Fabrikanten wie den unabhängigen (!) Arbeitern wirksamen Schutz; sie werden voraussichtlich in der sozialen und politischen Geschichte der Vereinigten Staaten dieselbe Rolle spielen, wie das im Taff-Vale-Falle ergangene Urteil des britischen Lordgerichtshofes letzterzeit in England.“

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“. Berlin, den 19. Februar 1910. 40. Sitzung, Vormittags 11 Uhr. Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann-Hollweg, Dernburg, Dr. Delbrück, sowie die meisten Bevollmächtigten der Bundesstaaten.

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland. Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarau. (19. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Mann war zu einem warnenden Beispiel für die jungen Leute im Ministerium geworden, die daraus esehen konnten, wozu es führt, abweichende Meinungen zu haben. Alle wußten, daß er es nicht weiter bringen würde. Wie er nun dasaß, das Gesicht der Wand zugekehrt, in allerlei Arbeiten mähelnd, mit denen sich kein anderer befassen mochte — so sollte er sitzen bleiben, bis man ihn ins Grab legte; es sei denn, daß man zuletzt genötigt sein sollte, ihn wegzujagen; denn der alte Hansen trant — wie man sich in letzter Zeit zuflüchtete.

„Ach was Bericht,“ erwiderte Falt-Olsen zornig, „schöne Rechnungsabschlüsse aufzustellen, ist kein großes Kunststück; das kann heutzutage jeder Dummkopf. Woran es aber fehlt, ist Geschäftstüchtigkeit bei der Direktion. Was soll daraus werden mit allen diesen klugen Juristen, die nie in ihrem Leben ein Geschäft abgeschlossen haben, allen diesen Staatsräten, Advokaten und Richtern — die verstehen die Sache nicht, nein, wahrhaftig, die verstehen nichts davon!“

ein Feind des Reichstagswahlrechts, für fertig. Freilich haben wir nie gefordert, daß das Reichstagswahlrecht schematisch auf einzelne Bundesstaaten übertragen wird. Von einer Verflachung und von einem Rückgang des politischen Interesses kann man nicht sprechen. Wir können mit der Entwicklung der deutschen Politik zufrieden sein. (Lebh. Beifall b. d. Natl.)

Dr. Wiemer (Npt.): Wir bedauern die Ausführungen des Reichskanzlers im preussischen Abgeordnetenhaus und können nicht finden, daß er heute seine dortigen prinzipiellen Erklärungen abgeändert hat. (Sehr richtig! links.) Im Gegensatz zu Herrn Gröber finde ich, daß die Besorgnis nicht besteht, daß die verbündeten Regierungen das Reichstagswahlrecht nicht ändern wollten. Diese Besorgnis ist vielmehr noch gewachsen. Herr Dietrich stellte sich heute mit seinen Erklärungen in Widerspruch zu den Äußerungen seiner Parteigenossen im Zirkus Busch vom letzten Frühjahr, wo die unerbittliche Abneigung der Konservativen gegen das Reichstagswahlrecht klar zum Ausdruck kam. (Hört, hört! links.) Und in seinen Grundansichtungen stimmt der Herr Reichskanzler mit den Herren überein. Das geht schon aus seiner Bemerkung hervor, daß politische Kultur und Erziehung leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet werde. Er hätte gut getan, diese Bemerkung heute zurückzunehmen. (Lebh. Zust. b. d. Natl.) Da er das nicht getan hat, bleiben wir dabei, daß in seiner Rede eine Verabredung des Reichstages liegt und der Bundesstaaten, die mehr oder weniger demokratische Einrichtungen haben. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Dieses Verhalten widerspricht seinen Verpflichtungen als Reichskanzler. (Lebh. Zustimmung bei den Freis.) Der Reichskanzler hat sich heute als Ausführender des Willens des Reichstages bezeichnet. Das Gegenteil ist der Fall. Er führt das Programm der Parteien aus, die den Fürsten Bälou gekürzt haben. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Sein politischer Gesichtskreis scheint beschränkt durch die schwarzweißen Grenzpfähle. Er ist ein konservativer Staatsmann mit stark partikularistischem Einschlag. (Sehr gut! links.) In der Demokratisierung Preussens haben wir Preußen und hat ganz Deutschland aber das größte Interesse. Auch wir wollen die berechtigten Eigenart der deutschen Stämme erhalten, aber die konservative Herrschaft in Preußen, dessen Bevölkerung in großer Mehrheit nicht konservativ ist, gehört nicht zu den berechtigten Eigenarten. (Lebh. Zustimmung links.) Nun ein Wort zu den Straßendemonstrationen. Wir halten sie für ein höchst ungeeignetes Mittel zur Erkämpfung eines besseren Wahlrechts. Sie geben nur den Gegnern die Waffen in die Hand. (Zust. b. d. Liberalen, Widerspruch und erregte Zurufe b. d. Soz.) Andererseits ist aber auch von der Polizei zu verlangen, daß sie ihrerseits die Ruhe bewahrt. Wir freimütige werden den Kampf fortführen, unbekümmert darum, ob die Sozialdemokratie uns in den Rücken fällt. (Zitieren. Zurufe b. d. Soz. Heraus mit der Sprache!) Der Rumor hat in einem ironischen Zwischenruf den Ernst unserer Wahlrechtsforderungen bezweifelt. Ich protestiere gegen solche Unterstellung. Wir werden unsere politische Kampfpflicht in jeder Beziehung erfüllen. (Lebh. anhaltender Beifall bei den Freis.)

Reichskanzler v. Bethmann-Sollweg: Der Abg. Wiemer behauptete, daß ich auf die Bundesstaaten mit liberalen Staatsrichtungen herabsehe. Ich muß doch meine Gesinnung selbst am besten kennen. (Sehr richtig! rechts.) Ich verbitte mir, daß mir Gesinnungen, die sich für einen deutschen Reichskanzler nicht ziemen, nachgesagt werden. (Lebh. Beifall rechts; Unruhe u. Zurufe links.)

Fürst Haffelb (Npt.): Auf die Frage des preussischen Wahlrechts gehe ich hier nicht ein. In der Reichsverfassung steht nichts, daß von Reichs wegen den Einzelstaaten ihr Wahlrecht vorgeschrieben wird. (Lebh. Zustimmung rechts.) Weber von der Regierung noch von einer bürgerlichen Partei sind Anträge auf Änderung des Reichstagswahlrechts gestellt worden. Wohl aber verlangen die Sozialdemokraten Ausdehnung des Reichstagswahlrechts. Das ist ja kein Verbrechen, aber ein Attentat auf das bestehende Reichstagswahlrecht. Die Sozialdemokraten werden mit der heutigen Debatte und den Straßendemonstrationen nichts erreichen. (Zuruf b. d. Soz. Abwarten!) Eine Änderung des Reichstagswahlrechts würde in Frage kommen, wenn sich hier einmal eine sozialdemokratische Mehrheit ergäbe. (Lebh. Beifall rechts; stürmische Rufe: Hört! hört! b. d. Soz.) Aber die Gefahr liegt nicht vor und das deutsche Volk wird in entscheidender Stunde stets der gesunden Vernunft und dem nationalen Interesse zum Siege zu verhelfen wissen. (Lärm. Beifall rechts, Lachen b. d. Soz.)

Korfanty (Npt.): Die Interpellation war sehr berechtigt. Fortgesetzt wird von sehr einflussreichen Stellen das Reichstagswahlrecht angegriffen. Herr v. Puttkamer richtete sogar als Minister einen scharfen Angriff gegen das Reichstagswahlrecht und in den amtlichen Stenogrammen des Abgeordnetenhauses ist bei dieser Stelle ausdrücklich Leb. Beif. rechts verzeichnet. (Lebh. Hört, hört! links.) Wenn man den Reichstag gegenüber dem Landtag herabzusetzen sucht, dann braucht man bloß an die Knebelung der Bergarbeiter durch das preussische Abgeordnetenhaus erinnern. (Lebh. Zust. b. d. Natl. und b. d. Soz.)

Liebermann von Sonnenberg (Wagg.) gibt eine Erklärung ab: Die Wirtschaftliche Vereinigung hält am Reichstagswahlrecht fest. Aber der Reichskanzler hat das Reichstagswahlrecht weder herabgesetzt noch bedroht. Auch der Reichskanzler hat das Recht der freien Meinungsäußerung. Wir weisen die Interpellation als eine Annäherung zurück. (Bravo! rechts, Lachen links.)

Ledebour (SD): Das Recht der freien Meinungsäußerung betreffen wir Sozialdemokraten dem Reichskanzler am allerwenigsten. Wir wollen ja gerade den preussischen Beamten das Recht erkämpfen, ihrer inneren Überzeugung bei der Wahl Ausdruck zu geben. Aber gerade der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident betrachtet es als eine wesentliche Aufgabe seiner Wahlrechtsvorlage, den Beamten das Recht der inneren Überzeugung zu nehmen. Im Munde eines Vertreters des Regierungsterrorismus nimmt sich die Berufung auf das Recht der freien Überzeugung eigenartig aus. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wer am Reichstagswahlrecht so viel auszusetzen hat, wie Herr Bethmann, der sollte eben nicht Reichskanzler werden. Er setzt sich sonst dem Verdacht aus, daß er nur auf eine günstige Gelegenheit zur Änderung des Wahlrechts wartet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dem Reichskanzler sind leidenschaftliche Kämpfe ein Beweis für die Verrohung des politischen Lebens. In einem Clique-Parlament, wo die unteren Volksschichten nicht vertreten sind, mag es ja still und friedlich hergehen. In allen Herrenhäusern der Welt herrscht die Interesslosigkeit. Wenn wir Stichproben auf die innere geistige und sittliche Struktur der Nedner machen wollten, würden sich sehr niedrige Strukturen gerade bei den näheren Freunden des Herrn von Bethmann-Hollweg finden. Der Reichskanzler hat sich die Behauptung geleistet, die Teilnahme des Volkes an dem Parlament sei zurückgegangen. Die steigenden Wahlziffern bei den Reichstagswahlen zeigen das Gegenteil. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Interesslosigkeit herrscht bei der Regierung. (Lebhafte Zustimmung links.) Bei den allerwichtigsten Gelegenheiten sind die verbündeten Regierungen garnicht vertreten oder stellen nur kleine Bundesratsmitglieder als Streikposten auf.

(Zurufe im Zentr.: Als Stallwache. Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. v. Oldenburg: Ich halte es für unter meiner Würde zu antworten. (Lautes Gelächter links.)

Ledebour (SD): Sie müssen wohl abreisen? (Allg. Heiterkeit.)

Stat des Reichsanls des Innern.

Kämpf (Zst. Npt.) hält unter allgemeiner Unachtsamkeit eine Rede über Handelspolitik und für den Hansabund.

Das Haus vertagt sich.

Ein Lehner v. g. Antrag auf Ernennung des Abg. Grafen Schwerin-Löwisch (kons.) zum Ausschlußpräsidenten für die Dauer der Krankheit des Grafen Stolberg wird debattelos und einstimmig angenommen.

(Zurufe im Zentr.: Als Stallwache. Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. v. Oldenburg: Ich halte es für unter meiner Würde zu antworten. (Lautes Gelächter links.)

Ledebour (SD): Sie müssen wohl abreisen? (Allg. Heiterkeit.)

Stat des Reichsanls des Innern.

Kämpf (Zst. Npt.) hält unter allgemeiner Unachtsamkeit eine Rede über Handelspolitik und für den Hansabund.

Das Haus vertagt sich.

Ein Lehner v. g. Antrag auf Ernennung des Abg. Grafen Schwerin-Löwisch (kons.) zum Ausschlußpräsidenten für die Dauer der Krankheit des Grafen Stolberg wird debattelos und einstimmig angenommen.

Graf Schwerin-Löwisch (kons.) erklärt sich zur Übernahme bereit. (Allgem. Beif.)

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Stat des Innern.)

Schluss 6 Uhr.

Aus der Partei.

Preurozech. In Altwasser, Schlessen, war im vorigen Sommer eine Typhus-Epidemie ausgebrochen. Welt über 500 Menschen waren erkrankt, 22 Fälle verliefen tödlich. Die „Breslauer Volkswacht“ skizzierte in zwei Artikeln die dortigen Verhältnisse und bezeichnete als ihre Ursache das faulige Wasser, das aus einem Schachte des Fürsten v. Pleß strömte. Das Pleßsche Bad in Salzbrunn habe dagegen das beste Wasser, das sich denken ließe. Die Epidemie in Altwasser sei auf eine leichfertige und sträfliche Vernachlässigung der hygienischen Anforderungen zurückzuführen. Es stellte sich heraus, daß der Schacht garnicht dem Fürsten v. Pleß gehörte. Die „Volkswacht“ erbot sich, die Sache richtig zu stellen. Dennoch stellte Fürst v. Pleß Strafantrag, und der verantwortliche Redakteur Genosse Schiller wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Zu dem Urteil meinten die Richter, die Artikel haben zum Klassenhaß aufgereizt und hätten Folgen schlimmster Art nach sich ziehen können. Das Reichsgericht hat sich Freitag dieser Entscheidung angeschlossen und die Revision des Genossen Schiller verworfen.

Neues vom Schrecken der preussischen Fürsorgeerziehung.

Diesmal handelt es sich um eine Fürsorgeerziehungsanstalt in der von der ultramontanen Weltanschauung beherrschten frommen Gifel, aus der ein Schrei der Not und der Empörung an das Licht der Öffentlichkeit dringt. Es ist die Handwerker-Bildungsanstalt zu Gemünd in der Piel, in der etwa 140 bis 150 Jungen die Wohlthaten der preussischen „Fürsorge“erziehung genießen. Der Herr Direktor Wallies scheint seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen zu sein, denn das eigentliche Regiment führt seine Frau. Deren menschliches Empfinden wird illustriert durch die Worte, die sie einem Dienstmädchen, das im Angesicht der mißhandelten Zöglinge weinte, zurief: „Was, Sie weinen noch darüber, da könnte ich selbst mit draufschlagen, bis das Blut spritzt.“ Von den Züchtigungsmethoden ist ein Schrecken der Zöglinge der „Jungfernkranz“. Am Kopfende eines Tisches werden die Zöglinge mit einem Stricke festgebunden, sodaß sie sich nicht bewegen können. Dann wird ihnen ein Knebel in den Mund gesteckt, worauf sie 100 bis 150 Schläge erhalten.

Es ist begreiflich, daß die Zöglinge versuchen, einem solchen Ort des Schreckens zu entinnen. Im letzten Jahre sind 20 ausgerückt. Gar manchem gelang die Flucht nicht, sie bekommen dann den Schwarzdornstock besonders hart zu fühlen. So die Zöglinge Ritterhaus und Stärken, die am 1. Mai 1909 ausrückten, aber am nächsten Morgen wieder zurückgebracht wurden. Zuerst wurden sie von dem Nachtwächter Kethards mit einem Riemen furchtbar gefoltert, bald darauf mit einem Polizeihüpfel. Dann kamen sie in Arrest und noch am selben Morgen erhielten sie je 20 Schläge mit einem 2 Zentimeter dicken Schwarzdornstock. Aber damit nicht genug; drei Tage später bekamen sie wieder Prügel: Ritterhaus 30 Schläge und am folgenden Tage 12 Schläge, den „Jungfernkranz“ empfangen Ritterhaus am nächsten Tage. Die Hände zusammengebunden, die ausgepreizten Beine je eins an einen Tischfuß gefesselt, ein Taschentuch in dem Mund, so saufen 87 Piebe auf den Unglücklichen nieder. Hier schlug zunächst der Aufseher Stöcker, dann zwang er den Werkstatthalter zum Schlagen mit den Worten: „Wer nicht schlägt, den schlage ich.“

Die Zöglinge Scholten und Lengsholz waren nach ihrer Flucht am 9. Mai 1909 nur bis Giel gekommen, wo sie dem Bürgermeister Mitteilung von den Mißhandlungen machten. Das hat ihnen aber nichts genügt, bei ihrer Rückkehr wurden sie mit Tritten und Schlägen empfangen. Des Abends erhielten sie „20 Schwarzdorn“ und am nächsten Tage den „Jungfernkranz“ mit etwa 140 Schlägen. Wohl aus Besorgnis, die Sache könne für die Jungen bedenkliche Folgen haben, ließ man sie ihr brennendes blutendes Gefäß in einem Kübel Wasser kühlen. — Der Zögling Lenderz bekam 12 Schläge und dann den „Jungfernkranz“ mit 115 Schlägen, weil der Frau Direktor ein Zögling gemeldet hatte, der Lenderz wollte ausrücken. — Der Zögling Spör bekam 27 Schläge mit einem Stock, an dem die Dornenenden noch hervorstakten, außerdem 4 Tage bei Wasser und Brot, weil er davon gewußt und es nicht gemeldet haben soll, daß vier Zöglinge ausrücken wollten. — Dem Zögling Krieger hat ein anderer Zögling in dessen Abwesenheit das Bett gemacht, und deshalb bekam der Krieger am Fuß- und Betttag von dem Nachtwächter Kethards mit dem Polizeihüpfel (wohl Gummihüpfel) einen so wichtigen Schlag über den Kopf, daß er bewusstlos zusammenbrach. Aus gleicher Ursache schlug R. dem Zögling Wagner mit einem Schlüsselbund auf den Kopf, daß er blutete. Weil der Zögling Windhörd mit einer Kartoffel nach der Bibel geworfen hatte, kam er in Arrest, und hier verabsolgte ihn ein erst zwanzigjähriger, also zum Werke der Erziehung noch nicht berechtigter Aufseher mit dem Polizeihüpfel drei Piesbe, sodaß sich der Mißhandelte vor Angst und Schmerzen beschmutzte.

Wir könnten noch weitere Beispiele von den Schrecken preussischer Fürsorgeerziehungskunst aus dieser Anstalt anführen, wollen es aber vorläufig bei dem obigen bewenden lassen. Als die Gemeindevorstände des Ortes sich einmal wegen der Vorkommnisse in der Anstalt beschwerten, da erschien der Kreisarzt zur Untersuchung. Im Beisein des Arztes stellte der Direktor den Zöglingen die merkwürdige Frage, ob den „Gezüchtigten“ Unrecht geschehen sei. Natürlich sagten diese aus Angst vor Strafe oder neuer Strafe „Nein“, überhaupt ist immer, wenn jemand von der Behörde kommt, ein Vertreter der Direktion dabei, sodaß die Zöglinge niemals den Mut haben, ihre Klagen vorzubringen. Bemerkenswert ist, daß auch die Werkmeister sehr viel wecheln, weil sie an diesem Orte des Schreckens nicht tätig sein wollen.

Vorstehende Tatsachen, die durch eine Reihe zuverlässiger Zeugen bewiesen werden können, beweisen von neuem, wie traurig es mit der Fürsorgeerziehung bestellt ist, und daß die Vorkommnisse in Blohmsche Wilnis und Mielczin nicht den nötigen erzieherischen Einfluß auf die preussischen Aufsichtsbehörden ausgeübt haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Kampf im deutschen Steinbruckerwerke. In unserem letzten Bericht wiesen wir darauf hin, daß die Differenzen in Wilschen beigelegt seien. Es wurde dort ein Vertrag über Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen, in dem u. a. die tägliche Arbeitszeit für Lithographen acht Stunden, für Steinbrucker und das übrige Personal neun Stunden

